

Oktober 2021

Länderbericht

Regionalprogramm Australien und Pazifik

 KONRAD
ADENAUER
STIFTUNG



(Quelle: dani3315 / Shutterstock)

Australien, AUKUS und die Auswirkungen der Kündigung des australisch-französischen U-Boot Projektes

Bertil Wenger und Sophia Brook

“AUKUS: a partnership where our technology, our scientists, our industry, our defense forces are all working together to deliver a safer and more secure region that ultimately benefits all.”

Scott Morrison, Premierminister von Australien

Australiens außen- und sicherheitspolitische Interessen

Die gemeinsame Erklärung Australiens, der Vereinigten Staaten und Großbritanniens zur gemeinsamen Einrichtung des AUKUS-Sicherheitsabkommens sorgte Mitte September 2021 sowohl in den Medien als auch in der internationalen Politik für starkes Aufsehen. Nicht zuletzt aufgrund der damit verbundenen Kündigung des 2016 eingegangenen Projekt-Auftrags mit Frankreich zur Beschaffung von 12 U-Booten zum vertraglich spätest möglichen Zeitpunkt. Australiens Beweggründe für den AUKUS-Beitritt und die Inkaufnahme einer potentiellen Verärgerung Frankreichs lassen sich mit einem Blick auf Australiens jüngste außen- und sicherheitspolitische Interessen erklären.

Die Beziehungen zwischen Australien und seinem bisher wichtigsten Handelspartner China sind seit Jahren angespannt. Offene Auseinandersetzungen wurden allerdings zunächst aufgrund wirtschaftlicher Erwägungen vermieden. Innerhalb der letzten zwei Jahre verschlechterten sich die australisch-chinesischen Beziehungen allerdings – u.a. ausgelöst durch Australiens Forderung nach einer unabhängigen, internationalen Untersuchung zum Ursprung der Corona-Pandemie in Wuhan und des Ausschlusses chinesischer Unternehmen vom Aufbau des australischen 5G-Netzwerkes. China indes verdeutlichte seinen Unmut gegenüber Australien mit der Erhebung von Strafzöllen und teilweisen Einfuhrstopps auf australische Güter wie Wein, Kohle, Gerste, Holz und Fleischprodukte. Des Weiteren führten die zunehmenden Spannungen zum Abbruch der diplomatischen Kommunikation auf Ministerebene, während sich indirekte, rhetorische Auseinandersetzungen, u.a. über Soziale Medien, im Ton verschärften.

Diese Entwicklungen bestärkten Australien in dem Bestreben, bilaterale und multilaterale Beziehungen zu anderen Partnerstaaten auszubauen und zu vertiefen, um einem zunehmend selbstbewussten China mit internationaler Unterstützung entgegentreten zu können. Die Aufrechterhaltung eines Fokus auf einer physischen Präsenz der Vereinigten Staaten, aus politischer Sicht Chinas stärkster Gegenpol im indopazifischen Raum, sind hierbei für Australien unverzichtbar. Und so umfasst die neue Zusammenarbeit im Rahmen von AUKUS u.a. auch eine Vertiefung der strategischen Kooperationen im Verteidigungs- und Rüstungssektor sowie eine generelle Erweiterung der „*joint capabilities*“.

Um speziell dieses Interesse Australiens an einer physischen Präsenz der USA besser einordnen zu können, ist es notwendig, einen näheren Blick auf die Rolle der USA in der Indo-Pazifik-Region zu werfen. Für den Großteil der in der Region ansässigen Staaten begann diese Rolle nach dem 2. Weltkrieg – insbesondere mit der US-Unterstützung des französischen Indochina-Krieges und dem direkten US-Einsatz in Vietnam. Das Interesse der USA an der Region basierte hauptsächlich auf strategischen Überlegungen. Anfangs ging es hierbei primär um die Eingrenzung des Kommunismus, mit der Zeit kamen ein Interesse am Zugang zu Ressourcen und Markterschließung sowie an der Aufrechterhaltung freier Seewege hinzu.

Im Laufe der Jahre bauten die USA ihre Kooperationen weitläufig aus. So begannen sie 1977 den Dialog mit ASEAN, welcher in den 90er Jahren durch die Etablierung wirtschaftlicher (Entwicklungs-)Programme mit einem Fokus auf Handel, Investitionen und den Austausch von Technologien und Bildungsmaßnahmen weiter vertieft wurde. Diese Kooperationen führten dazu, dass die USA in der Region bald als verlässlicher Partner anerkannt wurden, der – v.a. mit Blick auf chinesische Ambitionen – eine ausgleichende Rolle übernahm. Entwicklungen der letzten Jahre haben allerdings den wachsenden Eindruck hinterlassen, dass die USA gegenüber China an Boden verlieren. Die Covid-19-Pandemie hat der wirtschaftlichen Entwicklung vieler südostasiatischer Staaten geschadet. Ein Großteil richtet nun in der Hoffnung auf eine Ankurbelung der wirtschaftlichen Erholung das Auge auf China. Für Australien, Japan und kleinere Staaten, die bereits unter (wirtschaftlichem) Druck von China leiden, ist dies eine besorgniserregende Entwicklung.

In Bezug auf Australiens Außen- und Sicherheitspolitik nahmen die USA historisch betrachtet noch eine wichtigere Stelle ein, die Position des beschützenden „*großen Bruders*“. Die Ursache hierfür liegt noch ein Stück weiter in der Vergangenheit und war ein direktes Ergebnis der Ereignisse des 1. Weltkrieges. Australien sah sich auch nach der formalen Abkopplung von Großbritannien weiterhin als enges Mitglied im britischen Commonwealth. Vor allem da es sich selber als einzigen westlichen Staat im asiatischen Raum betrachtete, dessen Sicherheit als verhältnismäßig junger Staat, abgeschottet von anderen westlichen Staaten, von vornherein auf eine Anbindung an eine gleichgesinnte Großmacht angelegt war. Als Großbritannien im 1. Weltkrieg nach unterstützenden Truppen suchte, warf sich Australien entschlossen hinter den zur damaligen Zeit engsten Verbündeten. Doch die Ereignisse des 1. Weltkrieges, speziell die für das australische Eigenverständnis wichtigste und prägendste Niederlage in Gallipoli, hatten eine desillusionierende Wirkung auf Australien. Von Großbritannien im Stich gelassen, begann Australien sich von der ehemaligen Heimat zu distanzieren und nach einem möglichen Ersatzpartner zu suchen. Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten. Spätestens nach dem 2. Weltkrieg hatten die USA Großbritannien in Australiens Sicherheitsstrategie ersetzt. Auch wenn das große Vertrauen in den amerikanischen Partner innerhalb der letzten Jahre - merklich während der Trump-Präsidentschaft - zurückgegangen und von einem neuen Selbstbewusstsein ersetzt worden ist, so ist die physische Präsenz der USA weiterhin ein wichtiger Aspekt der australischen Sicherheitsstrategie. Aus amerikanischer Sicht ist Australien damit ein willkommener, unkomplizierter Partner in der Region. „*The United States has no closer or more reliable ally than Australia*“, bestätigte US-Präsident Biden nach bilateralen Gesprächen mit Premierminister Morrison dann auch im September 2021.

Neben einem Ausbau der Beziehungen mit den Vereinigten Staaten und bilateralen Abkommen mit Partnerstaaten – u.a. Indien, Japan, Indonesien, Korea und der EU –, setzt sich Australien zunehmend für eine Stärkung multilateraler Abkommen und Institutionen wie dem QUAD-Dialog, ASEAN und der „*Five Eyes*“-Partnerschaft ein. Des Weiteren investiert Australien zunehmend in Rüstungsprojekte und den Ausbau der Kapazitäten der eigenen Streitkräfte.

Das AUKUS-Abkommen kann somit als weiterer Schritt Australiens gesehen werden, sich durch multilaterale Sicherheitsvereinbarungen weitläufig abzusichern.

Das australisch-französische U-Boot-Projekt

“This is a great day for our Navy, a great day for Australia’s 21st century economy, a great day for the jobs of the future.”

Malcolm Turnbull, ehem. Premierminister von Australien

Im April 2016 verkündete der damalige Premierminister Malcolm Turnbull die Vergabe des Projekt-Auftrags, nach welchem die sechs australischen Collins-Class U-Boote durch 12 neue Attack-Class Modelle ersetzt werden sollten, an das französische Unternehmen DCNS (jetzt Naval Group). Das Australian National Audit Office warnte bereits damals, die australische Regierung habe mit ihrer Entscheidung für die französische „*custom made*“-Variante im Vergleich zu alternativen „*off the shelf*“-Optionen die Risiken bei der Beschaffung erhöht.

Die Entscheidung zugunsten des französischen Unternehmens basierte u.a. auf zwei Hauptfaktoren. Zum einen war Australien bestrebt, eigene, lokale Unternehmen an dem Projekt teilhaben zu lassen. Der Plan, die U-Boote nach französischem Design in der südaustralischen Hauptstadt Adelaide bauen zu lassen, schien dies zu gewährleisten. Zum anderen favorisierte die australische Regierung bewusst ein Modell mit dieselektrischem Antrieb, da sie der Meinung war, nicht über die notwendigen Kapazitäten zu verfügen, ein nuklearbetriebenes Modell langfristig betreiben und warten zu können. Das französische Design eröffnete jedoch zusätzlich die Option, zu einem späteren Zeitpunkt nachträglich auf Nuklearbetrieb umzurüsten.

Auch wenn die AUKUS-Ankündigung auf den ersten Blick überraschend erscheint, so kommt (aus australischer Sicht) Australiens Kündigung des Projektvertrags mit Frankreich dennoch nicht so überraschend wie Berichte in den internationalen Medien teilweise andeuten.

Im Laufe der Projektumsetzung kam es zu einer Reihe von Unstimmigkeiten zwischen den beiden Projektpartnern, die zu Verzögerungen bei der Vertragsunterzeichnung einzelner Projektabschnitte führten. Innerhalb der australischen Regierung wuchs die Besorgnis über höher als erwartete Kosten des Projektes – von ursprünglich ca. \$50 Mrd. auf \$90 Mrd. AUD – und ein später als erwartetes Projektenddatum. Hauptausschlaggebend für Australiens wachsenden Unmut war jedoch die geringe prozentuale Beteiligung eigener Unternehmen am Projekt.

Mindestens 90 Prozent lokaler australischer Vertragspartner sollten laut der ursprünglich 2016 gemachten Ankündigung in das Projekt mit einbezogen werden. Naval Group war der Ansicht, australische Unternehmen seien den Anforderungen nicht gewachsen und reduzierte den Prozentsatz 2020 auf 60 Prozent. 2021 wollte das französische Unternehmen den Anteil weiter reduzieren.

Um die zunehmenden Spannungen aufzulösen, reiste Premierminister Morrison nach dem G7+ Gipfel in Cornwall im Juni 2021 für Gespräche mit Präsident Macron nach Paris. Im Anschluss an die Gespräche erklärte Morrison, Präsident Macron werde eine „*sehr aktive Rolle übernehmen*“, um Vertragsprobleme zu lösen, dennoch „*gebe es einen langen Weg zu gehen*“. Auf die Frage, ob Australien im Falle einer Unzufriedenheit mit der nächsten Design-Version erwäge, den Vertrag zu lösen erklärte Morrison „*Contracts have gates and that's the next gate.*“.

AUKUS

“We need to be able to address both the current strategic environment in the region and how it may evolve. Because the future of each our nations – and indeed the world – depends on a free and open Indo-Pacific enduring and flourishing in decades ahead.”

Joe Biden, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika

Während Australien und Frankreich über die Zukunft des gemeinsamen U-Boot Projekts diskutierten, wuchsen auf australischer Seite die Spannungen mit China. Dies brachte u.a. eine Änderung des sicherheitspolitischen Kontextes mit sich. Australien begann, seine strategischen und sicherheitspolitischen Interessen und Ziele neu zu evaluieren. Vor allem mit Blick auf Chinas Ausbau seiner Streitkräftekapazitäten ist ein schnellstmöglicher Ausbau der eigenen Kapazitäten für Australien in kürzester Zeit zu einem zentralen Punkt seiner aktuellen und zukünftigen Sicherheitsstrategie geworden.

Bei dem am 16. September 2021 vorgestellten AUKUS-Bündnis handelt es sich in erster Linie um ein Sicherheitsbündnis mit speziellem Fokus auf die Indo-Pazifik-Region. Australien, die Vereinigten Staaten und Großbritannien erklären, ihre diplomatischen, Sicherheits- und Verteidigungskooperationen auf Basis gemeinsamer Werte und eines gemeinsamen Einsatzes für eine auf Regeln basierende Weltordnung in der Region weiter vertiefen zu wollen. Dies umfasse auch die Zusammenarbeit mit weiteren Partnerstaaten.

Im Mittelpunkt des AUKUS-Bündnisses stehen die folgenden drei Absichten:

- die Förderung eines tieferen Informations- und Technologieaustausches,
- eine tiefere Integration sicherheits- und verteidigungsrelevanter Wissenschaft, Technologie, industrieller Grundlagen und Lieferketten und
- eine deutliche Vertiefung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheits- und Verteidigungskapazitäten.

Ein konkreter, erster Schritt zur Umsetzung dieser Maßnahmen in „Anerkennung einer gemeinsamen Tradition als maritime Demokratien“ ist die Verpflichtung zum gemeinsamen Ziel, Australien den Erwerb einer nuklear-betriebenen U-Boot-Flotte zu ermöglichen. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien versprechen, ihre jeweilige Expertise der eigenen U-Boot-Programme zu nutzen, um Australiens entsprechende Kapazitäten schnellstmöglich einsatzfähig auszubauen.

Australien verpflichtet sich hierbei zur Sicherstellung der Nichtweitergabe, des Schutzes und der Sicherheit nuklearer Materialien und Technologien.

Der Fokus der drei Staaten liegt bei dieser ersten AUKUS-Initiative auf „*Interoperabilität, Gemeinsamkeit und gegenseitigem Nutzen*“. Des Weiteren scheint es mit Blick auf die angespannte Lage in der Region sowohl im Interesse der USA als auch Großbritanniens zu liegen, Australien als Partner vor Ort beim Ausbau seiner Verteidigungskapazitäten zu unterstützen.

AUKUS Bedeutung für Australien

“To help deliver the security and stability our region needs, we must now take our partnership to a new level...”

Scott Morrison, Premierminister von Australien

Hinsichtlich der oben genannten, australischen sicherheitspolitischen Interessen bietet AUKUS Australien ein Sicherheitsbündnis mit zwei langjährigen Partnerstaaten mit extensiven Verteidigungskapazitäten und optimal vernetzten Nachrichtendiensten. Gleichzeitig garantiert das Abkommen eine kontinuierliche Präsenz der USA in der Indo-Pazifik-Region.

Die geplante U-Boot-Flotte betreffend bedeuten die derzeitigen Schwerpunkte der australischen Sicherheitsstrategie, dass es in australischem Interesse ist, möglichst schnell eine einsatzbereite Flotte mobilisieren zu können, die noch dazu über eine optimale Reichweite verfügt. Auch wenn der Zeitpunkt der Einsatzbereitschaft der unter AUKUS geplanten neuen U-Boot-Flotte weiter in der Zukunft liegt als es laut französischem Vertrag der Fall gewesen wäre (nicht vor 2040), liegen nuklearbetriebene Modelle bei den strategischen Leistungsdaten im Vorteil. Da ist zum einen eine signifikant geringere Geräusch- und Wärmeabgabe, welche die Entdeckung erschwert. Zudem haben sie nicht nur eine längere Unterwasser-Reichweite, da Nuklearantriebe im Vergleich zu Diesel keinen Sauerstoff benötigen, sie können noch dazu bei größerer Geschwindigkeit agieren. Für einen Staat wie Australien, der lange Wasserstrecken abzudecken hat, stellt eine möglichst lange Reichweite ohne Auftauchzwang eine wichtige strategische Fähigkeit dar. Die Kooperation mit den USA und Großbritannien sichert Australien im Ernstfall zusätzlich den Zugang zu strategischen Kapazitäten der Partnerstaaten.

Um ein australisches U-Boot-Programm auf Basis amerikanischer und britischer Nuklear-Technologien aufbauen zu können, ohne eine Weiterverteilung der entsprechenden Technologien zu riskieren, muss voraussichtlich sowohl der Einbau als auch die Wartung der Betriebssysteme von amerikanischen Spezialteams beaufsichtigt werden. In diesem Fall müssten entsprechende Arbeitseinheiten dauerhaft in Australien stationiert werden.

Der australische Verteidigungsminister Peter Dutton deutete bereits an, dass er zusätzlich an einer Ausweitung militärischer Kooperationen interessiert sei und er die Stationierung weiterer amerikanischer Truppen in Australien, u.a. im Northern Territory, befürworte.

Premierminister Morrison erhofft sich durch das AUKUS-Abkommen - neben der genannten Vertiefung der Beziehungen zu den USA und Großbritannien - zusätzlich auch eine Chance zur Intensivierung der Beziehungen mit anderen europäischen Staaten und der EU. So betonte er, das AUKUS-Abkommen habe nichts mit Ausschließen zu tun, sondern biete, ganz im Gegenteil, eine Chance, weitläufiger mit der EU zusammenzuarbeiten.

Trotz der strategischen Vorteile des AUKUS-Abkommens wurde die Ankündigung von australisch-politischer Seite nicht einstimmig willkommen geheißen. Die Sprecherin der Opposition, (Labor-) Senatorin Penny Wong, warnte, die australische Regierung müsse aufpassen, dass sie mit dem Abkommen und damit verbundenen Zugeständnissen, wie z.B. der Nutzungserlaubnis australischer Marinebasen für amerikanische U-Boote, nicht gänzlich ihre Souveränität aufgeben. Weitere Kritikpunkte waren u.a., dass AUKUS vorerst lediglich eine Absichtserklärung und kein fester Vertrag sei und dass die neu geplante Flotte voraussichtlich nicht vor 2040 einsatzbereit sein werde. Schließlich wurde die Morrison-Regierung für vermeintliche Versäumnisse in Bezug auf eine offene und direkte Kommunikation mit ihren französischen Partnern kritisiert.

Auswirkungen der AUKUS Erklärung...

...Auf australische Beziehungen mit Frankreich, Deutschland und der EU

"In a real alliance you talk to each other, you don't hide things, you respect the other party, and that is why this is a real crisis."

Jean-Yves Le Drian, Außenminister von Frankreich

Auch wenn australische Medien bereits Ende 2019 erstmals über die Möglichkeit eines Abbruchs des australisch-französischen U-Boot Vertrags spekulierten, so scheint die Kommunikation jedenfalls auf der politischen Arbeitsebene unklar gewesen zu sein.

Eigenen Aussagen zufolge informierte Premierminister Morrison seine französischen Counterparts im Vorfeld der AUKUS-Ankündigung sowohl schriftlich als auch mündlich über die australische Entscheidung, den australisch-französischen U-Boot-Vertrag lösen zu wollen. Laut Aussagen des französischen Außenministers Jean-Yves Le Drian hätten australische Behörden allerdings bis zum Schluss versichert, dass es keine Probleme gebe. Die drei AUKUS-Partner erklärten, dass die Premierminister Morrison und Johnson sowie Präsident Biden zum Zeitpunkt des G7+-Gipfels im Juni 2021 in Cornwall bereits mögliche Absprachen diskutiert hätten.

Dies war ungefähr zur gleichen Zeit, zu der Premierminister Morrison in Gesprächen mit Frankreichs Präsident Macron in Paris noch nach einer Lösung für die Probleme mit dem gemeinsamen U-Boot-Projekt zu suchen schien. Nach einem virtuellen Ministertreffen im 2+2-Format am 30. August 2021 unterstrichen Australiens und Frankreichs Außen- und Verteidigungsminister in einem gemeinsamen Statement erneut die Wichtigkeit des zukünftigen U-Boot-Programms.

Unklar ist, welcher Personenkreis bzw. bis zu welcher Ebene Behördenmitarbeiter auf australischer Seite über die bevorstehende AUKUS-Ankündigung informiert waren. Es ist durchaus möglich, dass die am U-Boot-Projekt beteiligten Personen auf Arbeitsebene bis zur Ankündigung nicht über die anstehende AUKUS-Ankündigung informiert waren. Dies würde vermeintlich widersprüchliche Signale seitens der Australier erklären.

Ob Missverständnis oder Kommunikationsfehler, Frankreich reagierte zutiefst verärgert über die AUKUS-Ankündigung, die nicht nur als Verlust eines lukrativen Abkommens, sondern vielmehr als erheblicher Vertrauensbruch empfunden wurde. Für Frankreich machten das U-Boot-Projekt und eine enge strategische Kooperation mit Australien einen Schlüsselaspekt seiner Indo-Pazifik-Strategie aus. Ein Aspekt, der von australischer Seite anscheinend unterschätzt worden ist. Frankreich reagierte nicht nur auf den Abbruch eines Vertrages, wie es Australien erwartet hatte, sondern antizipierte gleichzeitig weitläufigere Auswirkungen, die das Potential hatten, die französische Indo-Pazifik-Strategie zurückzusetzen. *„There is a deep sense of betrayal in France because this wasn't just about an arms contract, this was France setting up a strategic partnership with Australia [...]” – Peter Ricketts, ehem. Botschafter Großbritanniens in Frankreich.*

Zusätzlich zu Äußerungen deutlicher, öffentlicher Kritik und Andeutungen, der Vertragsbruch könne sich negativ auf die Verhandlungen zum EU-australischen Freihandelsabkommen auswirken, beorderte Frankreich seine Botschafter in Washington und Canberra zurück nach Paris. Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten, deren Präsident Biden sich für Fehler in der Kommunikation bei Frankreich entschuldigte, äußerte Premierminister Morrison bisher lediglich sein Verständnis für die Enttäuschung französischer Partner über den Abbruch des Vertrages. Er verstehe, dass Frankreich enttäuscht sei, aber als Premierminister müsse er Entscheidungen treffen, die im nationalen Interesse Australiens lägen. Frankreich würde dasselbe tun. Er wisse, dass dies letztendlich anerkannt werde und man weiterhin zusammen auf die vielen gemeinsamen Ziele hinarbeiten könne. Denn man teile grundsätzlich gemeinsame Werte und die gleiche Vision.

Während Frankreich seinen Botschafter im Anschluss an das persönliche Biden-Maroon-Gespräch wieder nach Washington entsandte, war Präsident Macron vorerst für den australischen Premierminister nicht zu erreichen. Anfang Oktober reiste der australische Handelsminister Dan Tehan nach Paris, um dort die Wogen zu glätten. Frankreich kündigte an, seinen Botschafter wieder nach Canberra zu entsenden, damit dieser vor Ort sei, um die australisch-französische Beziehung neu zu definieren und französische Interessen bei der konkreten Umsetzung der U-Boot-Vertragsbeendigung sicherzustellen.

Aus französischer Sicht ist diese U-Boot-Episode nicht nur in Bezug auf die eigene Indo-Pazifik-Strategie signifikant. Vielmehr fällt die AUKUS-Problematik zusätzlich in das übergeordnete Narrativ der bereits komplizierten Beziehungen zwischen Frankreich und den USA. Präsident Macron versucht bereits seit längerer Zeit, europäische Partnerstaaten davon zu überzeugen, dass die EU eine autonomere, von den USA unabhängige Verteidigungsstrategie benötigt. „*The Europeans must stop being naive,*“, sagte Macron diesbezüglich anlässlich des Abschlusses eines gemeinsamen Sicherheitsabkommens mit Griechenland Ende September 2021.

„*We need to react and show that we have the power and capacity to defend ourselves.*“. Diese „*Europe First*“-Strategie umfasst den Aufbau europäischer Streitkräfte und hat u.a. zur Folge, dass Frankreich Bemühungen zur Modernisierung der NATO keine Priorität beimisst. AUKUS wird in diesem Kontext als weiteres Beispiel der Unzuverlässigkeit der USA angesehen, anhand dessen Frankreich versucht, EU-Mitgliedstaaten für die eigene Sache zu gewinnen. Bislang führten diese Versuche allerdings lediglich zu Spaltungen innerhalb der EU, da ein Großteil der Mitgliedstaaten die USA als wirksamen Schutzschild gegen Russland betrachtet und im französischen Verlust eines Wirtschaftsvertrages seine Interessen nicht beeinträchtigt sieht.

Da Frankreich im Rahmen seiner obengenannten Indo-Pazifik-Strategie selber weiterhin ein Interesse an einer engen Kooperation mit gleichgesinnten Partnern in der Region hat, wird die AUKUS-Episode voraussichtlich keine langfristigen negativen Auswirkungen auf die australisch-französischen diplomatischen Beziehungen entfalten.

Auch aus deutscher Sicht wird die AUKUS-Ankündigung keine weitreichenden negativen Auswirkungen auf die bilateralen Beziehungen mit Australien mit sich bringen. Beide Staaten haben innerhalb der letzten Jahre verstärkt an einem Ausbau ihrer Kooperationen in einer Vielzahl von Bereichen gearbeitet. Dies reicht von einer Erweiterung der Zusammenarbeit im Energiesektor bis hin zu einem – für Deutschland ungewöhnlich ausdrücklichen – Bestreben nach einer Intensivierung des Austausches im Verteidigungs- und Rüstungsbereich. Letzteres ist u.a. zurückzuführen auf Deutschlands wachsendes Interesse an der Indo-Pazifik-Region, die, besonders mit Blick auf freie Handels- und Seewege, mittlerweile eine wichtige Rolle in der deutschen Sicherheitspolitik einnimmt. Die Vergabe australischer Rüstungsaufträge an deutsche Firmen zeigt, dass auch von australischer Seite ein deutliches Interesse an einer engen Kooperation besteht. So konnte die Fa. Rheinmetall im Rahmen des australischen *Land400 Phase 2*-Projekts ein *Military Vehicle Centre of Excellence* (MILVEHCOE) im Wert von \$5,2 Mrd. AUD in Queensland einrichten. Die Bremer Lürssen-Werft erhielt den Auftrag, die im Umfang des *SEA1180 Phase 1*-Programms zu beschaffenden 12 *offshore patrol vessels* (OPV) in Australien zu bauen. Deutschland verdeutlichte seine Intention, ein zuverlässiger Partner in der Region zu sein, zuletzt mit einem Besuch der Fregatte *Bayern* in Perth und Darwin. Die Entsendung ist zentraler Bestandteil in der praktischen Umsetzung der Strategischen Leitlinien der Bundesregierung zum Indo-Pazifik. Wesentliche Elemente sind die vertiefte Zusammenarbeit mit Partnern in der Region.

Dazu gehören gemeinsame Kooperationen, aber auch die Teilnahme an der Überwachung der Sanktionen der VN gegen Nordkorea und das Unterstützen der NATO-Operation *Sea Guardian* und der EU-Mission *Atalanta*. Zukünftige Kooperationen, u.a. durch eine mögliche deutsche Teilnahme an der zweijährig stattfindenden, multinationalen *Talisman Sabre*-Kriegssimulation und die potentielle Stationierung von deutschen Streitkräftevertretern auf australischen Schiffen, werden auch weiterhin im Interesse beider Nationen liegen.

Nicht nur Frankreich, auch die EU zeigte sich in hohem Maße verstimmt über die Verhandlungen der AUKUS-Partner „hinter ihrem Rücken“. EU KOM-Präsidentin von der Leyen stellte in klarer Solidarität mit Frankreich die Frage, ob man mit Australien weiterhin ein Freihandelsabkommen abschließen könne. In der Folge kam es denn auch zunächst zu einer einmonatigen Verschiebung der 12. Verhandlungsrunde von Oktober auf November 2021. Vertreter der EU KOM beeilten sich aber, dies als ein normales Vorgehen zu bezeichnen, was bei Handelsverträgen nicht unüblich sei, man wolle niemanden „bestrafen“. Zuletzt teilte die EU Australien Mitte Oktober 2021 mit, dass man die Verhandlungen nunmehr auf Februar 2022 verschiebe. Beobachter vermuten allerdings auch hier, dass der tieferliegende Grund hierfür die Vermeidung eines unmittelbaren zeitlichen Nacheinanders der Weltklima-Konferenz Anfang November in Glasgow und dieser Verhandlungsrunde ist. Brüssel erwartet von Australien große Anstrengungen in diesem Bereich im Zusammenhang mit dem Freihandelsabkommen. Dass man auf diesem Wege allerdings auch noch einmal die tiefe Verärgerung über das AUKUS-Vorgehen manifest machen konnte, dürfte für die EU jedoch möglicherweise ein willkommener Nebeneffekt gewesen sein.

Dennoch: in Bezug auf die europäisch-australischen Beziehungen wird sich voraussichtlich wenig ändern. Beiden Partnern ist weiterhin an einem gemeinsamen Freihandelsabkommen gelegen. Australien erhofft sich mit einem solchen Abkommen eine weitere Marktdiversifizierung zur Auflockerung seiner Handelsabhängigkeit von China. Die EU hofft, Lieferketten zu erweitern und durch die Reduzierung bzw. Abschaffung von Zöllen Handelswege zu erleichtern. Experten erwarten von diesem Freihandelsabkommen tatsächlich eine mögliche Steigerung des gemeinsamen Handelsvolumens von bis zu einem Drittel.

...Auf Beziehungen in der Region

Die Reaktionen südostasiatischer Staaten auf AUKUS fielen größtenteils positiv aus. Viele Staaten sehen AUKUS als eine Chance, das Kräfteverhältnis in der Region auszugleichen. So erklärte z.B. Singapurs Premierminister Lee Hsien Loong, er hoffe, AUKUS werde auf konstruktive Art und Weise zu Frieden und Stabilität in der Region beitragen und regionale Strukturen komplementär ergänzen. Dennoch gibt es auch besorgte Stimmen. Während Staaten wie Japan, Vietnam, Süd-Korea, die Philippinen, Singapur und Taiwan die Ankündigung begrüßen, äußerten Indonesien und Malaysia Bedenken.

Letztere sind besorgt, dass die Ankündigung zu einem militärischen Rüstungswettkampf in der Region beitragen und regionale Spannungen intensivieren könnte, und sich damit die Wahrscheinlichkeit eines offenen Konfliktes erhöhen könnte. Hinzukommt, dass der AUKUS-Pakt eine weitere politische Initiative präsentiert, durch die ASEAN ignoriert wird. Dies mag auf den ersten Blick nebensächlich erscheinen, Indonesien, dem inoffiziellen Anführer der Vereinigung, dürfte dies jedoch aufgefallen sein.

Erwartbar verurteilte China das AUKUS-Abkommen als unverantwortlich und stellte Australiens Verpflichtung zur Nichtverbreitung von Kernwaffen in Frage. Des Weiteren forderte es die Vereinigten Staaten und Großbritannien auf, ihre „Kalter Krieg“-Mentalität abzulegen. Mit Blick auf Chinas eigene Rüstungsmaßnahmen im Verlauf der letzten Jahre hat letzteres Argument allerdings wenig Bedeutung. Die Bedenken in Bezug auf die Nichtverbreitung von Kernwaffen könnte bei kleineren Staaten jedoch zu Unsicherheit führen. Schließlich äußerte eine Gruppe hochrangiger ehemaliger US-Beamter und Experten für die Nichtverbreitung von nuklearem Material gegenüber Präsident Biden ähnliche Bedenken. Diese Bedenken auszuräumen, wird voraussichtlich eine große Rolle während der AUKUS-Verhandlungen innerhalb der nächsten 18 Monate spielen.

...Auf das Verhältnis EU – USA

Ihre Kritik an Australien formulierte die EU in gleicher Weise auch gegenüber den USA. Und so wurde denn die Gründungssitzung des im Juni 2021 neu ins Leben gerufenen EU–USA-Handels- und Technologierates (TTC) Ende September 2021 in Pittsburgh ebenfalls von den AUKUS-Ereignissen überschattet. Frankreich stellte gänzlich in Frage, ob das Treffen stattfinden solle, verhinderte eine Terminierung des nächsten Treffens im Frühjahr 2022 und stimmte der Abschlusserklärung auch nur nach Änderungen zu. EU-Vizepräsident Dombrovskis bemühte sich indes, die Wogen zu glätten und signalisierte gemeinsam mit seiner Kommissars-Kollegin Vestager, dass man – bei aller Verärgerung über die Behandlung Frankreichs durch die USA – wenig Sinn darin erkenne, das TTC zum Spielball einer geopolitischen Auseinandersetzung zu machen.

Wie geht es weiter?

Auch wenn die AUKUS-Ankündigung aus diplomatischer Sicht ungeschickt umgesetzt wurde, wird sie voraussichtlich keine langfristigen negativen Auswirkungen auf die bestehende Kooperationsbereitschaft in der Region haben. Frankreich hat weiterhin ein Interesse an einer Vertiefung der strategischen Zusammenarbeit mit regionalen Partnern, dies gilt auch für eine konstruktive Zusammenarbeit mit Australien. Auch die EU hat weiterhin ein Interesse an einem positiven Verhältnis zu seinen Partnern. Australien ist hierbei nicht nur aus wirtschaftspolitischer Sicht wichtig, sondern bietet auch im Rahmen strategischer Überlegungen eine wichtige Basis in der Region.

Für Deutschland und die EU bedeutet dies allerdings, dass man sich längerfristig auf eine konkretere Strategie festlegen muss. Die Eingrenzung chinesischer Ambitionen wird die Hauptaufgabe einer gemeinsamen Herangehensweise australischer und europäischer Partnerstaaten zur Aufrechterhaltung einer auf Regeln basierenden Weltordnung und eines entsprechenden Miteinanders in der Indo-Pazifik-Region ausmachen. Die deutsche (und europäische) Strategie des „*fence sitting*“, d.h. der Versuch, sich zu engagieren, ohne sich im chinesisch-amerikanischen Konflikt für eine bestimmte Seite entscheiden zu müssen – und damit auch Nachteile, z. B. in wirtschafts- und handelspolitischen Beziehungen in Kauf zu nehmen –, wird in Bezug auf das von wachsenden Spannungen beeinflusste, sicherheitspolitische Umfeld in der Region auf Dauer nicht haltbar sein. In Kooperation mit regionalen Partnern muss somit eine gemeinsame, von allen westlichen Partnerländern vertretbare, geeinte Strategie entwickelt werden, die sowohl den Einsatz von Soft-Power als auch die Bereitschaft zum Vorhalt der notwendigen Hard-Power miteinander in Einklang bringt.

Abgesehen von verteidigungsstrategischen Interessen wird Australien in nächster Zeit weiterhin am Ausbau bilateraler und multilateraler Beziehungen interessiert sein. Der Abschluss des EU-Australien-Freihandelsabkommens wäre hierbei für Australien nicht nur ein Gewinn an sich, sondern könnte dem Rest der Welt gleichzeitig signalisieren, dass die AUKUS-Ankündigung an den bisherigen guten Beziehungen nichts geändert hat.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Bertil Wenger
Leiter Regionalprogramm Australien und Pazifik
Regionalprogramm Australien und Pazifik
www.kas.de/australien

Bertil.Wenger@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)